



Beschlussvorlage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2019/00291**
Datum: 05.09.2019
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Büro des Oberbürgermeisters
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.09.2019	öffentlich Entscheidung

Betreff: ICAN-Städteappell zum Verbot von Atomwaffen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat unterstützt den ICAN-Städteappell mit folgendem Wortlaut:

Der Stadtrat ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen von 2017 und fordern die Bundesregierung zum Beitritt auf.

2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Unterstützung dieses Appells aktiv zu kommunizieren und für weitere Unterstützung des ICAN-Städte-Appells zu werben.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Begründung:

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN – International Campaign to Abolish Nuclear weapons) setzt sich für die Abschaffung von Atomwaffen durch einen völkerrechtlichen Vertrag ein. Im Jahr 2017 erhielt die ICAN den Friedensnobelpreis für seine Arbeit, da damit Aufmerksamkeit auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen gelenkt und ein vertragliches Verbot von Atomwaffen wegbereitend möglich wurde.

Nach der Zustimmung der Vereinten Nationen zu einem Atomwaffenverbotsvertrag am 07. Juli 2017 setzt sich ICAN für die Unterzeichnung und Ratifizierung dieses Vertrages durch die Staaten ein. 90 Tage nach der 50. Ratifizierung wird der Vertrag in Kraft treten, aktuell hat gut die Hälfte der notwendigen Staaten den Vertrag ratifiziert. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Vertrag nicht unterzeichnet.

ICAN fordert die Städte auf, sich dem Appell anzuschließen, da Atomwaffen eine besondere Bedrohung für Städte darstellen. Sie seien im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs, wären direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Weiter formuliert ICAN, dass Atomwaffen konzipiert seien, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiere auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen. Das Engagement von Städten sei wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, sei dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen.

Den ICAN-Städteappell (www.icanw.de/ican-staedteappell) haben bisher 46 Städte unterzeichnet.